

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fern]sprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4089 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 132.

Wittwoch, den 8. Juni 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Sittlichkeit und Frauenberufe.

Bläulich angehauchte Menschenfreundlichkeit, die sich mit der Milde des harten Lohes der Proletariatskinder befaßt, weiß vor der Fabrik, als dem gekräpft aufgerissenen Höllenrausch, nicht genug zu warnen. Nicht so sehr wegen der sozialen Schädlichkeiten, denen die Fabrikarbeiterin ausgesetzt ist. Wohlten die „Stillen im Lande“ diese bekämpfen, so brauchen sie nur ernst zu machen mit der Unterstützung der von den Sozialdemokraten erhobenen Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das aber tun sie nicht. Ihnen ist es nur darum zu tun, die Seelen zu retten. Wenn der sündhafte Körper zugrunde geht — um so besser. Böswillige Spötter meinen, daß der frommen Fürsorge ein Stück Eigennutz nicht ganz fremd sei; daß sie weniger den armen Mädchen zu besseren Lebensverhältnissen als den Bourgeoisfrauen zu billigen Dienstmädchen verhelfen solle. Denn das Abströmen der Proletariatskinder nach der Fabrik macht die Dienstmädchen rar und treibt dadurch die Löhne etwas höher, als sie in der guten alten Zeit waren. Auch die Dienstmädchen sind nicht mehr frei von der verdammten Begehrlichkeit; sie wollen sich nicht genügen lassen an der Wohlthat des „Familienlebens“, die das Fabrikmädchen entbehren muß. Und doch — so versichern bürgerliche Philanthropen immer wieder — ist der moralische Schurz, den das Dienstmädchen durch die Aufnahme in die Familie des Dienstherrn genießt, so überaus wertvoll, daß er das bischen mehr an Bewegungsfreiheit, das die Fabrikarbeiterin genießt, weitaus aufwiegt. Freilich — die Kinder der Welt haben auch für diese Behauptung nur ein spöttisches Lächeln. Und eine vor kurzem in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ veröffentlichte Studie legt leider, leider die Frommen arg ins Unrecht. Sie ist verfaßt von dem wissenschaftlichen Hilfsarbeiter der Zentrale für private Fürsorge in Frankfurt a. M., Dr. D. Spann, und betitelt sich „Untersuchung über die geschlechtlich-sittlichen Verhältnisse im Dienstmädchen- und Arbeiterinnenstande, gemessen an der Erscheinung der unehelichen Geburten“.

Es lassen sich ja gewiß sehr gewichtige Gründe gegen die landläufige Ansicht anführen, daß die ledige Mutter das Sinnbild sittlicher Minderwertigkeit sei; wir teilen jedoch diese Auffassung durchaus nicht. Aber gerade in bürgerlichen Kreisen gilt eine solche Mutter ja nun einmal als bemaltetes oder doch wenigstens als degradiertes Opfer ihrer sittlichen Leichtfertigkeit.

Herr Dr. Spann untersucht nun, ob unter Dienstmädchen oder unter Fabrikarbeiterinnen mehr uneheliche Geburten vorkommen. Zunächst zieht er die Berliner Statistik des Jahres 1896 heran, aus der sich ergibt, daß die unehelichen Geburten auf die Mütter sich verhält wie 25,8 auf 100, auf Arbeiterinnen, Köchinnen 23,8 Proz., auf Arbeiterinnen ohne nähere Bezeichnung des Gewerbes 25,8 Proz., auf Näherinnen, Wäscherinnen 23,8 Proz., und der Rest auf Verkäuferinnen, Kellnerinnen, Hausdiener 2c. Unehelich sind die Verhältnisse in Wien, wo die Dienstmädchen zu der Gesamtmasse der unehelich Lebendgeborenen 34,1 Proz. stellen; in Frankfurt a. M. steigt dieser Anteil sogar auf 44 Prozent, also fast auf die Hälfte aller unehelichen Lebendgeburten.

Der Verfasser untersucht weiter den Charakter des Geschlechtsverkehrs, dem die unehelichen Kinder entspringen und kommt auch da zu einem für die Dienstmädchen keineswegs günstigen Resultat. Während in Oesterreich von den unehelichen Kindern der Fabrikarbeiterinnen 28,5 Prozent nachträglich legitimiert wurden, traf nur 11,6 Prozent der Dienstmädchenkinder dieses glückliche Los, ja in Wien stieg die Ziffer gar auf 5,1 Proz.

Ueber die Ursachen dieser Erscheinung sagt Dr. Spann zunächst, daß Fabrikarbeiterinnen und Dienstmädchen an Bildung, Lebensführung und sittlichen Querschnitt des sozialen Milieus, in dem beide erzogen werden, sehr von einander differieren. Die Dienstmädchen rekrutieren sich fast durchweg aus dem ländlichen Tagelöhner- und dem bäuerlichen Stande, d. h. aus solchen Kreisen, in welchem der vorneheliche Geschlechtsverkehr entweder direkte Sitte oder wenigstens nicht anstößiger, allgemeiner Brauch ist; aus eben diesem Grunde führt ferner der außereheliche Geschlechtsverkehr, auch wenn er nicht mit ernstlicher Eheabsicht begonnen wurde, nach Herrn Dr. Spanns Ansicht viel häufiger zur Ehe als innerhalb der Stadtbevölkerung. Das junge unerfahrene Landmädchen bringt nun alle diese Anschauungen in die Stadt mit und muß dort naturgemäß mit ihnen scheitern, denn die Stadt hat nicht nur einen anderen sozialen, sondern auch einen anderen sittlichen Querschnitt als das Land. So steht das Dienstmädchen den Einflüssen ihrer neuen Umgebung relativ wehrlos gegenüber.

Wenn wir dann, so fährt Herr Dr. Spann fort, auf die mit der Berufstätigkeit selbst gegebenen Einflüsse unser Augenmerk richten, so zeigt sich, daß die Meinung von den wohlthätigen und erzieherischen Wirkungen

des Familienlebens, deren die Dienstmädchen teilhaftig werden sollen und die den scheinbaren Hauptvorzug ihres Berufes bilden, von den Tatsachen durchaus entgegen gesetzt wird. Denn es ist das gerade Gegenteil davon der Fall. Patriarchalische Verhältnisse bilden sich nur selten heraus, vielmehr hat das reine Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, von Herrschenden und Dienenden die Oberhand. Die Gefährdung der Mädchen durch die „Söhne“ ist vermutlich auch nicht unbedeutend.

Dazu kommt die unbegrenzte lange Arbeitszeit. Das ewige ins Haus und in den „Dienst“ Gebannt- und Getetstetsein macht sich in gewichtiger Weise dahin geltend, daß es von den Mädchen subjektiv als ein Mangel an Heiratsgelegenheit empfunden wird. Den Mangel an Quantität suchen sie instinktiv durch größere Intensität wettzumachen. Und tatsächlich bedeutet der fast gänzliche Mangel an freier Zeit ein geringes in Verührungkommen mit der Außenwelt, das oft zur Folge haben wird, daß sich bei den Mädchen eine förmliche Angst entwickelt, ihre Jugendzeit inmitten all der rauschenden, neuen Luftbarkeit nicht zu versäumen, keinen günstigen Augenblick, der ihnen ein Stück Leben zeigt, ungenützt entfliehen zu lassen. So bildet sich ihre viel besagte „Vergnügnungssucht“ heraus, die sich bei dem lang bemessenen „Ausgang“ und bei sonstigen Gelegenheiten betätigt wird, und die ihnen bei ihren erwähnten agrarischen Sittlichkeitsvorstellungen viel eher verhängnisvoll werden muß, als zum Beispiel den in der städtischen Sphäre erwachsenen Arbeiterinnen.

Die Untersuchung Dr. Spanns rüttelt bedenklich an dem von bürgerlichen Wohltätigkeitsvereinen immer wieder aufgestellten Dogma, daß der proletarische Familienvater nichts Besseres tun kann, als daß er seine heranwachsenden Töchter als Dienstmädchen dem Schirm einer bürgerlichen Hausfrau unterstellt. Vielmehr bestätigen die von Spann vorgeführten Tatsachen den unraten Erfahrungssatz, der allen Dunkelmännern ein Grauel ist, daß in der höheren Freiheit die höhere Sittlichkeit liegt.

Rußland und Japan.

Der Kampf um Port Arthur ist in sein letztes Stadium getreten. In Tschiu von Dalny eingetroffenen Chinesen berichteten: Die japanische Armee besetzte, nachdem sie durch in Dalny gelandete Mannschaften Verstärkung erfahren hatte, die südwestlich von Dalny gelegenen Plätze Tjingtsching und Santtschimpo und ging dann längs der Ostküste in der Richtung auf Port Arthur weiter. Dabei hatten die Japaner auf der einen Seite hohe Berge, auf der anderen das Meer, von dem aus Kanonenboote die Flanke beschiigten. Am 2. Juni standen die Japaner sieben Meilen vor den äußeren Forts von Port Arthur und nur zwei Meilen von dem russischen Heere entfernt, das bereit steht, ihnen den Weitermarsch zu wehren. Die Chinesen nehmen an, daß an diesem Punkt ein heftiger Kampf entbrennen werde und vielleicht schon begonnen habe. Die Japaner haben ihre Operationsbasis nach Dalny und Taitienwan verlegt; die größeren Schiffe anern außerhalb, die kleineren innerhalb des Hafens. In Dalny werden Truppen aus kleinen Fahrzeugen ausgeschifft, die anscheinend von Pihewo oder den Elliot-Inseln kommen. Eine Anzahl von Chinesen, die durch die russischen Linien zu gelangen versuchten, sollen erschossen worden sein. Ein aus Dalny in Tschiu eingetroffener Brief eines Japaners bestätigt die Berichte aus chinesischer Quelle über den Vormarsch, sagt aber zugleich, daß die Entfernung der japanischen Armee von Port Arthur 15 Meilen betrage. Die Armee rücke längs der beiden Küsten der Halbinsel vor, die Ostküste sei am 3. Juni 15 Meilen von Port Arthur mit dem Feinde zusammengestoßen, das Ergebnis des Kampfes sei bisher nicht bekannt. Eine Dschunke, welche am 3. und 4. Juni bei Port Arthur lag, hörte unregelmäßiges Gewehrfeuer am Morgen des 4. Juni. Dasselbe Schiff bemerkte fünf japanische Torpedobootzerstörer und hörte, als dieselben sich entfernten, eine gewaltige Explosion, die davon herrühren konnte, daß einer der Torpedobootzerstörer auf eine Mine geraten wäre. In der Nacht vom 3. Juni bemerkte man große Flammensäulen in der Richtung von Dalny. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus“ aus Tschiu erhielt der dortige russische Konsul die Nachricht, daß ein großes japanisches Schiff vor Taitienwan durch eine Mine zum Sinken gebracht worden sei. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt von anderer Seite nicht vor; möglicherweise bestätigt sich aber die Meldung von dem Untergang eines japanischen Kriegsschiffes nicht, sondern sie bezieht sich darauf, daß ein japanischer Torpedobootzerstörer eine von ihm entdeckte Mine zur Explosion gebracht hat. Aus Tokio wird nämlich berichtet: „Ein japanischer Torpedobootzerstörer entdeckte am Sonnabend bei den den Santtschimpo-Inseln eine große Mine und brachte sie zur Explosion; die Japaner sind damit beschäftigt, die Ducht von Taitienwan von Minen zu säubern; sie verwenden dabei Taucher aus Ruschiro.“ Dagegen haben die Russen

ein Kanonenboot vor Port Arthur verloren. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Tokio gefaßelt wird, berichten die japanischen Torpedojäger, welche Port Arthur bewachen, über den Untergang des russischen Kanonenbootes vom Typ „Silja“; dasselbe sei am Sonnabend in der Nähe von Schintaochau gesunken. Das Kanonenboot sei mit einem anderen Kanonenboot, einem Torpedojäger und anderen Dampfern damit beschäftigt gewesen, die in der Nähe gelegenen Minen zu zerstören. Als die Explosion erfolgte, beekten sich die übrigen Schiffe, den Hafen zu erreichen. Admiral Togo sprach die Ansicht aus, die Explosion sei einer japanischen Mine zuzuschreiben. Der Name des zerstörten Schiffes ist unbekannt. In Paojang sind anhaltend Gerüchte im Umlauf, wonach die Russen einen erfolgreichen Ausfall zur See aus Port Arthur gemacht hätten. Eine Bestätigung auch dieser Nachricht liegt anderweitig nicht vor. In Nutschwang sind am Sonnabend mittag aus Port Arthur zwei Brieftauben mit Mitteilungen des Generals Stössel eingetroffen. Die Russen in Nutschwang versichern, es seien gute Nachrichten. Wären diese Nachrichten aber wirklich sehr gut, so würden die Russen sicherlich nicht zögern, sie sofort bekannt zu geben.

Die Russen haben nach einer Reuter-Meldung aus Tientsin Hsinmintun und die Nachbarschaft geräumt. Wie es heißt, sind sie im Begriff, sich mit den Truppen auf der nach Mukden führenden Straße zu vereinigen. Montag früh wurde in Nutschwang heftiges Feuern aus der Richtung von Paojang gehört.

Aus Tokio meldet der „Vot. Anz.“: Beim Heben des kleinen Kreuzers „Mihako“ stellte sich der Umfang der Beschädigungen viel geringer heraus, als man angenommen hatte.

Politische Standeshaan.

Westfälisch.

Ueber eine Ansprache, die Wilhelm II am Sonnabend bei der Besichtigung auf dem Bornstedter Felde an die nach Südwestafrika abgehenden Mannschaften gehalten hat, weiß ein Berliner Blatt zu berichten, daß sie etwa folgendermaßen gelautet habe: Er habe sie vor ihrer Abreise noch einmal begrüßen wollen. Sie möchten der Truppe, aus der sie hervorgegangen seien, Ehre machen und eingebend sein, daß sie ins Feld ziehen, um das Blut ihrer Brüder zu rächen. Sie sollten nicht vergessen, daß sie die im Felde stehende Infanterie zu unterstützen und daß sie mit einem tapferen, unerschrockenen, energischen und schlauen Feind zu tun hätten. — Also wieder ein „Rachefeldzug“ wie i. Bt. beim Chinafeldzug! Aber auch die gegenwärtige Situation erinnert stark an die von damals. Wie die Hüpfner und Waldersee bei ihrer Ankunft in China schon getane Arbeit vorfinden, so macht der Gouverneur Lentwein jetzt offenbar alle möglichen Anstrengungen, um seinem Nachfolger, dem afrikanischen Waldersee, v. Trotha, nichts mehr übrig zu lassen.

Bei der Stichwahl zum Reichstag im Wahlkreis Straßburg-Land wurden nach der amtlichen Feststellung 18 075 Stimmen abgegeben, von denen 65 unzulässig sind. Rechtsanwalt Blumenthal Colmar (elsaß-löhringische Volkspartei) erhielt 9386, Redakteur Haus (lexikale Landespartei) 8624 Stimmen. Blumenthal ist somit gewählt. Bei der Hauptwahl im Juni 1903 erhielten der Kandidat der elsässischen Landespartei 8304, Blumenthal 6398 und Genosse Meyer 3096 Stimmen. Es kam zu einer Stichwahl, wobei Blumenthal mit 9442 gegen 9062 Stimmen siegte. Die Wahl Blumenthals wurde vom Reichstage für unzulässig erklärt, worauf am 21. Mai die Ersatzwahl stattfand. Bei dieser wurden 17 580 Stimmen abgegeben, von denen auf den Zentrumskandidaten Haus 8225, auf Dr. Blumenthal 7836 und den Genossen Meyer 1479 Stimmen entfielen.

Ein Sozialdemokrat als Professor an der Kriegs-Akademie. Aus! Paris schreibt man der „Verl. Ztg.“: „Am Donnerstag eröffnete der Sozialdemokrat Genosse Fourniere eine Reihe von Vorträgen über die Arbeitergesetzgebung, zu denen ihn der Kriegsminister vor einigen Monaten aufgefordert hatte, an der Ecole polytechnique, der technisch-militärischen Hochschule zu Paris. Gewiß ein Zeichen der Zeit, das besser wie jedes andere die Revolutionierung der Geister verrät: ein Sozialist wird berufen, die künftigen Genieoffiziere, Leiter der Militärfabriken und Kriegswerften in die Geleise, die das Arbeitsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern regeln, einzuführen. Der Kriegsminister soll Fourniere noch den besonderen Wink gegeben haben: „Wenden Sie sich an das Herz dieser jungen Leute und sagen Sie ihnen, wie es im Herzen des Arbeiters ausstrahlt.“ — Fourniere scheint die rechte Persönlichkeit für diese soziale Lehraufgabe zu sein, denn er hat sich sofort die Sympathie seines Auditoriums durch seine gemäßigten, aber von innerer Überzeugung und eindringender Kenntnis der sozialen Entwicklungsstadien erfüllte Darstellungsweise erobert. Von

Tagesanbruch eine Bresche gesprengt, und die englischen Truppen drangen in das Dorf ein. Jedes Haus mußte mit seinen 30 Fuß hohen und 10 Fuß dicken Wällen besondert geschützt werden. Verwundete Libianer, die nicht mehr die Gewehre laden konnten, warfen Steine herab und kämpften im Nahkampf mit Kugeln und Säbellen, bis sie dem Bajonetten erlagen. Das libianische Fort machte mit seinem Kreuzfeuer den Engländern viel zu schaffen, konnte aber nichts anrichten. Neun Kompanien Infanterie sind zur Verstärkung unterwegs. Wenn sie Gyantse erreicht haben, soll das von 3000 Mann verteidigte Fort angegriffen werden.

Verammlung der Bürgerchaft.

J. St. Lübeck, den 6. Juni 1904.

Vorsführer Stiller eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten.

Nach einigen Mitteilungen des Senatskommissars wird zur Fortsetzung der Beratung über

Errichtung einer zweiten lateinlosen Realschule

Hempel geht zunächst auf die Entwicklung des Schulwesens in Lübeck in den letzten 41 Jahren ein und weist nach, daß fast alle unsere Schulen verstaatlichte Privatschulen sind. Die befürchtete Verteuerung, die durch die Verstaatlichung der Reimann'schen Schule entstehen könnte, sei nur eine zeitliche. Eine spätere Verstaatlichung würde sich erheblich teurer stellen. Redner ist der Meinung, daß sämtliche Vorschulen der höheren Schulen aufgehoben und in eine einzige Vorschule mit einem Hauptlehrer an der Spitze umgebildet werden könnten. Redner bittet um Annahme des Antrages auf Verstaatlichung der Reimann'schen Schule.

Dahms spricht sich für die Verstaatlichung aus. Die in Betracht kommende Bevölkerung wünsche dieselbe.

Dr. Müller bestreitet, daß von einer Verstaatlichung der früheren höheren Privatschulen gesprochen werden könne. Die Vorschulfrage sei eine rein schuletechnische Frage, die von der Oberschulbehörde eingehend geprüft worden sei. Dieselbe sei aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß das bisherige System beibehalten werden müsse. Redner bittet den Senatsantrag anzunehmen und die Verstaatlichung der Reimann'schen Schule abzulehnen.

Otte: Schwierigkeiten sind dazu da, um Überwinden zu werden. (Heiterkeit) Auch hier lassen sich die Schwierigkeiten überwinden. In längeren Ausführungen begründet Redner nochmals den Antrag auf Verstaatlichung der Reimann'schen Schule.

Dr. Baethle: Von verschiedenen Seiten bin ich hier als Schulmann in die Debatte hineingezogen worden. Ich stehe hier nicht als Schulmann, sondern als Vertreter der gesamten Bürgerchaft. Mächtig doch alle Herren sich nicht als Vertreter von St. Jürgen, Schlutup u. fühlen, sondern als Vertreter der Bürgerchaft. Den Antrag auf Verstaatlichung bitte ich mit Rücksicht auf unsere Finanzlage abzulehnen. Sollte derselbe dennoch angenommen werden, so müßten Sie neue Steuern einführen. Nennen Sie mir aber solche! Es bliebe uns also nichts anderes übrig, als die Grund- und Gebäudesteuer zu erhöhen. Bei dem Senatsantrag handelt es sich nicht um eine Neugründung, sondern um eine Abzweigung mehrerer Klassen von der Dr. Müller'schen Schule. Der Kostenpunkt hierfür ist nicht so groß. Redner bittet um Annahme des Senatsantrages.

Schön: Ich muß bedauern, daß sich Dr. Müller an der Debatte beteiligt hat. (Hoh!) Das wird in der Bevölkerung unangenehm empfunden werden. Die Annahme des Senatsantrages bedeutet das öffentliche Todesurteil der Reimann'schen Schule. (Lebh. Widerspruch.)

Dr. Wittern wendet sich gegen Dr. Ziehl, den er als scharfen Denker hochschätze, der aber aus einem Saulus ein Paulus geworden sei. Nach den Neuerungen verschiedener Redner ist die Individualität in den Staatsschulen nicht vorhanden, deshalb, so meinen diese Herren, müßte die Reimann'sche Schule erhalten bleiben, weil hier der Individualität der Schüler Rechnung getragen würde. Ich schlußfolgere aber daraus, daß wir jetzt erst recht die Verstaatlichung der Reimann'schen Schule vornehmen müssen, um mit deren Hilfe wieder der Individualität in den Staatsschulen Eingang zu verschaffen. Was die finanzielle Seite anlangt, so darf nicht vergessen werden, daß der Staatszuschuß an die Reimann'sche Schule von Jahr zu Jahr steigen wird. Die Errichtung einer zweiten Schule wird in Verbindung mit dem gesteigerten Staatszuschuß an die Reimann'sche Schule insgesamt 60 000 Mk. kosten. Wenn es nicht anders geht, kann man den fremden Schülern die Teilnahme an unseren Schulen versagen. Verschaffen Sie nach dem Ausdruck eines großen Mannes: Die Minderheit hat immer Recht und nehmen Sie den Verstaatlichungsantrag an.

Schulmerich: Es ist ein Umling, von zwei gleichartigen Anstalten verschiedenes Schulgeld zu erheben. In seinen weiteren Ausführungen wendet sich Redner gegen Dr. Müller, sowie gegen die Errichtung der neuen Schule Ostern 1905.

Senator Kulenkamp bedauert, daß Dr. Müller ein Vorwurf gemacht worden ist, daß er hier gesprochen habe. Das sei sein gutes Recht. (Sehr richtig!) Von den Privatschulen sei als einzige nur die Ernestinenschule verstaatlicht worden. Durch die Verstaatlichung der Reimann'schen Schule würde die Errichtung einer zweiten lateinlosen Realschule nicht hinfällig; vielmehr würde der Verstaatlichung die Errichtung einer neuen Schule auf dem Fuße folgen. Deshalb bittet Redner um Annahme des Senatsantrages.

Lauenstein-Schönbölen ist für die Verstaatlichung der Reimann'schen Schule. Redner spricht von den Gemeindeschulen als von furchtbaren Ortschulen.

Pape tritt für seinen Antrag auf Ablehnung des Senatsantrages und Vorlage eines Senatsantrages auf Verstaatlichung der Reimann'schen Schule ein. Es scheint, daß man deshalb jetzt gegen die Verstaatlichung sei, um die Pension für Herrn Dr. Reimann zu sparen. Bei dem Tierarzt hätte man hierauf allerdings keine Rücksicht genommen.

Ziele ist für die Verstaatlichung, jedoch ist ihm der Kaufpreis von 180 000 Mk. zu hoch. Redner kommt bei dieser Gelegenheit auf das Schicksal des Vooten a. D. herlich zu sprechen, dem man seines Alters wegen nirgends antworten will.

Senator Kulenkamp bleibt unverständlich.

Dr. Baethle wendet sich gegen Schön und Dr. Wittern. Die individuelle Behandlung in der Reimann'schen Schule bestehe darin, daß den Kindern Privatunterricht erteilt werde, was in den Staatsschulen nicht der Fall sei. Herr Dr. Wittern habe keine Ausführungen falsch gemacht.

Dr. Müller: Es ist meine Pflicht, unrichtige Darstellungen richtig zu stellen. (Sehr richtig.)

Dr. Wittern wendet sich gegen Baethle und vermahnt sich gegen den Vorwurf, falsch zitiert zu haben. Wenn Herr Dr. Baethle mir den Vorwurf macht, daß ich hier nur als Vertreter Schlutups spreche, so weise ich darauf hin, daß die Fischereieresse mit der Realschule nichts zu tun haben. Ich stehe hier als Vertreter der Bürgerchaft und vertrete das Staatsinteresse entsprechend der Verfassung. (Ein Bürgerchaftsmittglied brummt in auffälliger Weise.) Redner bittet um Annahme der Verstaatlichung.

Recht ist für den Senatsantrag. Nach einigen weiteren persönlichen Bemerkungen erhält

Dr. Ziehl als Berichterstatter der Kommission das Schluswort. Derselbe betont zunächst, daß er sowohl den Bericht der Majorität als auch den der Minorität verfaßt habe, da keiner der Herren Lust hatte, denselben zu verlesen. Sodann geht Redner auf alle erhobenen Einwände ein.

Der erste Teil des Senatsantrages findet mit 57 Stimmen Annahme. Den Wunsch, die Gegenprobe vorzunehmen, lehnt der Vorsitzende rundweg ab.

Bei der Gesamtabstimmung bleibt dem Bureau das Verhältnis zweifelhaft; es entpinnst sich dann eine äußerst lebhaft geführte Debatte darüber, ob die Neueintretenden bei der Gegenprobe mit abstimmen sollen. Der Vorsitzende will diesen das Stimmrecht abschneiden.

Dr. Benda bittet, alle Abstimmungen noch einmal vorzunehmen, worauf Schulmerich evtl. namentliche Abstimmung wünscht, welchen Anregen jedoch keine Folge gegeben wird. Die Gegenprobe ergibt, daß der Senatsantrag mit 43 gegen 27 Stimmen angenommen ist.

Nachtrag zum Einkommensteuergesetz. Derselbe bezweckt, die von hiesigen Eltern an ihre, als Offiziere oder Offiziersaspiranten dienenden Söhne geleisteten Zahlungen steuerfrei zu lassen, wenn die Empfänger diese Zuschüsse versteuern.

Mühlam beantragt, den Nachtrag am 1. April 1905 in Kraft treten zu lassen.

Pape beantragt Kommissionsberatung, da dann auch andere Erleichterungen geschaffen werden könnten.

Nach Ablehnung des Antrages Pape wird der Senatsantrag mit dem Antrag Mühlam angenommen.

Erteilung der Konzession für den Bau einer neuen Straßenbahn.

Meeths: Es ist selbstverständlich, daß diese Verbindung geschafft werden muß. Ich hätte aber lieber gesehen, daß die Bahn durch die Wahnstraße geführt würde, um den Verkehr zu erleichtern.

Stender empfiehlt den Senatsantrag. Redner richtet die Anfrage an den Senat, ob diese Route auch für die alte Gesellschaft maßgebend sei, oder ob diese eine neue Richtung einschlagen könne.

Senator Dr. Schön: Es könnte der Fall sein, daß die alte Gesellschaft mit einem günstigeren Projekt käme. Dann aber müßte erst Wallbrecht seine Zustimmung geben, alsdann habe die Bürgerchaft neu zu entscheiden.

Pape beantragt Kommissionsberatung, da die Fortführung der Bahn nach den roten Löwen notwendig sei. Da es sich hier um eine Schraube handele, wäre es vielleicht richtiger gewesen, die Sache in einer nichtöffentlichen Sitzung, mit denen man ja sonst immer gleich bei der Hand sei, zu besprechen.

Senator Dr. Schön verwahrt sich entschieden dagegen, daß es sich hier um eine Schraube handele. Die Berliner Gesellschaft habe es abgelehnt, für neue Linien Geld herzugeben, es sei denn, daß in irgend einer Form eine finanzielle Beteiligung erfolge. Verschiedene Vorschläge scheiterten an der einen oder anderen Seite. Die weiteren Ausführungen bleiben infolge der Unruhe leider unverständlich.

Senator Ewers bleibt gleichfalls unverständlich.

Bödecker bittet, alle etwaigen Änderungsanträge abzulehnen und der Vorlage zuzustimmen.

Dr. Götz: Die heutige Versammlung beweist, wie recht es gewesen wäre, wenn wir vor Jahren bei der Berliner Gesellschaft etwas vorlichtiger zu Werke gegangen wären. Mit der heutigen Vorlage bin ich einverstanden. Nicht für richtig halte ich es aber, daß das ordentliche Gericht bei Streitigkeiten ausgeschieden werden solle.

Ziele fragt an, ob die eine Seite der Wahnstraße freigelegt werden solle.

Senator Dr. Schönburg bleibt unverständlich.

Pape: Die Neuerungen des Herrn Bödecker zeugen von keinem beschränkten Untertanenverstand. (Unruhe.) Redner bittet nochmals um Kommissionsberatung und gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß der Staat die letzte Straßenbahn nicht schon selbst übernommen hat. Warum habe man nicht auch diese Angelegenheit in einer geheimen Sitzung beraten?

Senator Dr. Schön: Wir haben keine Veranlassung, die Sache in geheimer Sitzung zu erledigen. Wir können in voller Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen.

Rosenau bittet um Annahme des Senatsantrages.

Steffen-Schlutup beantragt, daß die Grenze der Vororte von 8 auf 9 Kilometer erhöht wird, damit auch Schlutup ev. eine Verbindung erhalten kann.

Senator Dr. Schön bittet um Ablehnung des Antrages. Der Senat habe ja freie Hand.

Seife unterstützt den Steffenschen Antrag. ev. bittet er um Kommissionsberatung.

Senator Ewers wendet sich gegen Steffen. Steffen zieht darauf seinen Antrag zurück.

Der Senatsantrag findet Annahme.

Geuch der Wittve Charlotte Holm, betr. Anrechnung von 19 Dienstjahren ihres verstorbenen Mannes des Hauptlehrers an der St. Jürgen'schen Schule a. wecks Erhöhung einer Wittwenrente.

Die Eingabe wird verlesen. Bödecker beantragt Ueberweisung an den Bürgerausschuß. Dieser Antrag wird angenommen. Schluß der Sitzung 2 Uhr 10 Min.

Lübeck und Hamburggebiete.

Dienstag, den 7. Juni.

Im Sozialdemokratischen Verein wurde gestern Abend zunächst die Abrechnung von der Mai-feier von Genossen Oldorp gegeben. Wir entnehmen derselben, daß bei einem Verkauf von 6782 Karten eine Einnahme von 3646,55 Mk. und eine Ausgabe von 2822,24 Mk. zu verzeichnen ist. Der Ueberschuß beträgt demnach 764,31 Mk. In der Diskussion kritisierte Gen. Stellung das Verhalten der Draufgänger anlässlich der Maifeier und der Wirte aus Anlaß des Waldfestes. Bei letzterem hätten es die Wirte nicht einmal für nötig gehalten, in unserem Parteiorgan zu inserieren. Ein Genosse hob hervor, daß ihm von zwei Wirten in Jrealsdorf gesagt worden sei, den Wirten sei vom Kriegerverband verboten worden, im „Lübeder Volksboten“

zu inserieren. Genosse Schwarz ging näher auf die ganze Sache ein und hat die Genossen, hieraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Nach weiterer unerheblicher Debatte wurde die Abrechnung genehmigt. — Nunmehr erhielt Genosse Theod. Schwarz das Wort zu seinem Vortrage über den Wirtschaftlichen Schutzverband und seine Bestrebungen. Redner geht zunächst auf die Obstruktion anlässlich der Kämpfe um den Zolltarif, die nach Ansicht der bürgerlichen Parteien eine Niederlage der Sozialdemokratie darstellen sollte, sowie auf die glänzenden Wahlerfolge unserer Partei ein. Dieses unerwartete Resultat hätte unsere Gegner und speziell die Regierung kühlig gemacht. In der Chronik vom Dezember vorigen Jahres hieß es, daß die Regierung bestrebt sei, die Sozialreform mehr als bisher zu fördern. Unmittelbar hierauf hätten die „Hamburger Nachrichten“ und ebenfalls das hiesige Amtsblatt Sturm gegen die Regierung gelaufen. Die scharfmacherischen Bestrebungen hätten dann schließlich auch in der Regierung die Oberhand gewonnen; die reformatorischen Bestrebungen seien zurückgedrängt worden. Redner skizzierte sodann in Kürze die inner- und außerpolitische Lage und kennzeichnete das Verhalten der Regierung gegenüber den wiederholten Ansprüchen der Agrarier auf Kündigung der Handelsverträge. Sobald die Regierung in der Klemme gewesen sei, habe Balow den Zukunftsstark an den Haaren herbeigezogen, um so die Aufmerksamkeit von den schwebenden Fragen abzulenken. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Deutschland sich eines guten Tages mitten in den ostasiatischen Wirren befinden werde. Der Haupt-Vorkopf der Scharfmacher sei im Herrenhaus am 13. und 14. Mai erfolgt; dort sei die Regierung vor die Alternative gestellt worden, entweder die Handelsverträge zu kündigen oder gegen die Arbeiterklasse mobil zu machen. Die Regierung habe das Bestere aus leicht erklärlichen Gründen vorgezogen. Diesen Herrenhaus-Debatten sei am 9. Mai die Gründung des Arbeitergebet-Bundes über ganz Deutschland vorangegangen. Diese Scharfmacher hätten die gemeine Lage aufgestellt, daß die Sozialdemokratie nicht mehr die innere und äußere Politik Deutschlands fördere, sondern untergrabe. Das Gegenteil sei wahr. Genau so läge es mit den übrigen gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfen. Wer zerklühte heute die Familie, wer untergrabe den Bestand des Reiches? Das seien die Scharfmacher und Junfermann den vielleicht zu erwartenden Bestrebungen der Arbeiterklasse aufhebung der wirtschaftlichen Lage rechtzeitig die Spitze zu brechen, hätte sich das Scharfmacher-tum zusammengeslossen, um die freihändlerischen Regungen der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Das habe ja der bisherige nationalliberale Landtagsabgeordnete Mend aus-geläubert, indem er offen die Beseitigung des jetzigen Reichstagswahlrechts befürwortet habe. Die Nationalliberalen aber seien trotz ihrer Abhänge von Mend Fleisch von seinem Fleisch. Die Arbeiterchaft habe alle Ursache, rechtzeitig auf dem Posten zu sein. Daß der hiesige Milchmisch-sich dem Scharfmacherium in die Arme geworfen habe, das könne keinem Zweifel unterliegen. Die Lübeder Arbeiterchaft sei gewappnet, sie könne getroßt der Zukunft entgegengehen, trotz wirtschaftlicher Schutzverbände. (Lebh. Beifall). — Sodann verliest Genosse A. Ehlers die auf-gemommene Statistik. Wir kommen auf dieselbe zurück. — Im Verschiedenen fordert Genosse Pape zu reger Beteiligung zu dem am kommenden Sonntag zu Ehren der bejuchtsweise hier weilenden Liedertafel „Treue“ aus Hamburg-Gilbeck im Vereinshaus stattfindenden Feste auf.

Die Vorgeschichte der neuen Straßenbahn nach

Marx. In der gestrigen Bürgerchaftssitzung ging Herr Senator Dr. Schön in längeren Ausführungen auf die Vorgeschichte der neuen Straßenbahn ein. Leider blieben uns seine Ausführungen nahezu unverständlich und wollen wir deshalb auf Grund des vorliegenden stenographischen Berichtes an dieser Stelle kurz darauf eingehen. Nach den Ausführungen des Senatskommissars dahert die Vorgeschichte bereits seit dem Herbst 1901. Damals seien eine Reihe von Eingaben, u. a. auch eine mit 1124 Unterschriften von Hürterorbewohnern bedeckte, eingegangen, in denen der Ausbau des Straßenbahnnetzes nach Marx ev. durch das Hürterort gefordert wurde. Die mit der Allg. Lokal- und Straßenbahngesellschaft in Berlin darauf gepflogenen Verhandlungen hätten zu keinem Resultat geführt. Vielmehr sei ein ziemlich kurz gehaltenes Schreiben von Berlin eingegangen, in dem es hieß, alle Anträge auf Neubauten abzulehnen, falls nicht von anderer Seite eine genügende finanzielle Unterstützung gesichert sei. Darauf wurden bezüglich des letzteren Teils Unterhandlungen mit Wallbrecht eingeleitet, die dahin führten, daß dieser sich zur Zahlung von 10 000 Mk. auf fünf Jahre resp. sofortige Zahlung einer Summe von 40 000 Mk., die er später auf 50 000 Mk. erhöhte, bereit erklärte. Dieses Anerbieten wurde von der Gesellschaft kurz abgelehnt. Ein weiterer Vorschlag des Senats ging dahin, daß der Staat die etwa 200 000 Mk. betragenden Baukosten gegen 3 1/2 Proz. Zinsen und 1 Proz. Amortisation hergeben wollte. Die Gesellschaft beantwortete den Vorschlag mit der Forderung, der Staat — von Wallbrecht wollte man nichts wissen — solle die Garantie übernehmen, daß die Bahn keinen Nachteil habe. Man ging sogar so weit, die Garantie für eine Gesamteinnahme von 25 Pfennig für das Wagenkilometer für alle Linien vom Staat zu fordern. Diese ablehnende Haltung hätte schließlich zur Idee der Verstaatlichung der bestehenden Bahn geführt. Trotzdem die Bahn mit 1 742 000 Mark der Gesellschaft zu Buch stand, forderte man eine Summe von 2 600 000 Mk. Nach erfolgter Ablehnung dieses Projektes tauchte der Gedanke auf, eine Gesellschaft zwecks Ankaufs der alten Linie zu gründen. Dieser Gedanke fand jedoch nicht die Zustimmung des Senats, worauf die Sache eine Zeit lang ruhte. Schließlich sei Wallbrecht mit seinem Projekt an den Senat herantreten und dieser habe dasselbe nach eingehender Prüfung in der vorliegenden Fassung gutgeheißen. — Wir kommen auf diese Angelegenheit noch zurück.

Auf der Koch'schen Schiffswerft in Lübeck sind aus Anlaß des Meierstreits sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. Zugang von Werftarbeitern ist streng fernzuhalten!

Vom Senat. Bürgermeister Dr. Klug hat den Vorsitz im Senate, sowie in der Sanitätsbehörde, in der Vorsteherchaft des Heiligen Geist-Hospitals und in dem Senatsausschuße für Beschwerden in Bau- und Sellsachen wieder übernommen.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 26. Juli das Charlottstraße 10 belegene Grundstück der Bauunternehmer A. H. H. Drey und H. H. H. Drey.

Der Auktion bedarf bringend ein Vorfall, der sich am Sonntag nachmittag zwischen 4 1/2 und 5 1/2 Uhr in der

Zuganbruch eine Bresche gesprengt, und die englischen Truppen drangen in das Dorf ein. Jedes Haus mußte mit seinen 30 Fuß hohen und 10 Fuß dicken Wänden besondert geschützt werden. Verwundete Tibetener, die nicht mehr die Gewehre laden konnten, warfen Steine herab und kämpften im Nahkampf mit Mägen und Sähen, bis sie dem Bajonet erlagen. Das tibetensche Fort machte mit seinem Kreuzfeuer den Engländern viel zu schaffen, konnte aber nichts ausrichten. Neun Kompagnien Infanterie sind zur Verstärkung unterwegs. Wenn sie Ohmyang erreicht haben, soll das von 3000 Mann verteidigte Fort angegriffen werden.

Verammlung der Bürgerchaft.

J. St. Lübeck, den 6. Juni 1904.

Wortführer Stiller eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten.

Nach einigen Mitteilungen des Senatskommissars wird zur Fortsetzung der Beratung betz.

Errichtung einer zweiten lateinlosen Realschule

Hempel geht zunächst auf die Entwicklung des Schulwesens in Lübeck in den letzten 41 Jahren ein und weist nach, daß fast alle unsere Schulen verstaatlichte Privatschulen sind. Die befürchtete Verteuerung, die durch die Verstaatlichung der Reimann'schen Schule entstehen könnte, sei nur eine zeitliche. Eine spätere Verstaatlichung würde sich erheblich teurer stellen. Redner ist der Meinung, daß sämtliche Vorschulen der höheren Schulen aufgehoben und in eine einzige Vorschule mit einem Hauptlehrer an der Spitze umgebildet werden könnten. Redner bittet um Annahme des Antrages auf Verstaatlichung der Reimann'schen Schule.

Dahms spricht sich für die Verstaatlichung aus. Die in Betracht kommende Bevölkerung wünsche dieselbe.

Dr. Müller bestreitet, daß von einer Verstaatlichung der früheren höheren Privatschulen gesprochen werden könne. Die Vorschulfrage sei eine rein schulfachliche Frage, die von der Oberschulbehörde eingehend geprüft worden sei. Dieselbe sei aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß das bisherige System beibehalten werden müsse. Redner bittet den Senatsantrag anzunehmen und die Verstaatlichung der Reimann'schen Schule abzulehnen.

Otte: Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. (Heiterkeit) Auch hier lassen sich die Schwierigkeiten überwinden. In längeren Ausführungen begründet Redner nochmals den Antrag auf Verstaatlichung der Reimann'schen Schule.

Dr. Baethke: Von verschiedenen Seiten bin ich hier als Schulmann in die Debatte hineingezogen worden. Ich sehe hier nicht als Schulmann, sondern als Vertreter der gesamten Bürgerchaft. Möchten doch alle Herren sich nicht als Vertreter von St. Jürgen, Schlutup etc. fühlen, sondern als Vertreter der Bürgerchaft. Den Antrag auf Verstaatlichung bitte ich mit Rücksicht auf unsere Finanzlage abzulehnen. Sollte derselbe dennoch angenommen werden, so müßten Sie neue Steuern einführen. Nennen Sie mir aber solche! Es bliebe uns also nichts anderes übrig, als die Grund- und Gebäudesteuer zu erhöhen. Bei dem Senatsantrag handelt es sich nicht um eine Neugründung, sondern um eine Abzweigung mehrerer Klassen von der Dr. Müller'schen Schule. Der Kostenpunkt hierfür ist nicht so groß. Redner bittet um Annahme des Senatsantrages.

Schön: Ich muß bedauern, daß sich Dr. Müller an der Debatte beteiligt hat. (Op!) Das wird in der Bevölkerung unangenehm empfunden werden. Die Annahme des Senatsantrages bedeutet das öffentliche Todesurteil der Reimann'schen Schule. (Lebh. Widerspruch.)

Dr. Wittern wendet sich gegen Dr. Ziehl, den er als scharfen Denker hochschätze, der aber aus einem Saufuss ein Faulus geworden sei. Nach den Neuerungen verschiedener Redner ist die Individualität in den Staatschulen nicht vorhanden, deshalb, so meinen diese Herren, müßte die Reimann'sche Schule erhalten bleiben, weil hier die Individualität der Schüler Rechnung getragen würde. Ich schlußfolgere aber daraus, daß wir jetzt erst recht die Verstaatlichung der Reimann'schen Schule vornehmen müssen, um mit deren Hilfe wieder der Individualität in den Staatschulen Eingang zu verschaffen. Was die finanzielle Seite anlangt, so darf nicht vergessen werden, daß der Staatszuschuß an die Reimann'sche Schule von Jahr zu Jahr steigen wird. Die Errichtung einer zweiten Schule wird in Verbindung mit dem gesteigerten Staatszuschuß an die Reimann'sche Schule insgesamt 60 000 Mk. kosten. Wenn es nicht anders geht, kann man den fremden Schülern die Teilnahme an unseren Schulen versagen. Verfahren Sie nach dem Auspruch eines großen Mannes: Die Minderheit hat immer Recht und nehmen Sie den Verstaatlichungsantrag an.

Schulmerich: Es ist ein Umding, von zwei gleichartigen Anstalten verschiedenes Schulgeld zu erheben. In seinen weiteren Ausführungen wendet sich Redner gegen Dr. Müller, sowie gegen die Eröffnung der neuen Schule im Jahre 1905.

Senator Kulenkamp bedauert, daß Dr. Müller ein Vorwurf gemacht worden ist, daß er hier gesprochen habe. Das sei sein gutes Recht. (Sehr richtig!) Von den Privatschulen sei als einzige nur die Ernestinenschule verstaatlicht worden. Durch die Verstaatlichung der Reimann'schen Schule würde die Errichtung einer zweiten lateinlosen Realschule nicht hinfällig; vielmehr würde der Verstaatlichung die Errichtung einer neuen Schule auf dem Fuße folgen. Deshalb bittet Redner um Annahme des Senatsantrages.

Lauenstein-Schönböken ist für die Verstaatlichung der Reimann'schen Schule. Redner spricht von den Gemeindeschulen als von furchtbaren Drischulen.

Hempel tritt für seinen Antrag auf Ablehnung des Senatsantrages und Vorlage eines Senatsantrages auf Verstaatlichung der Reimann'schen Schule ein. Es scheint, daß man deshalb jetzt gegen die Verstaatlichung sei, um die Pension für Herrn Dr. Reimann zu sparen. Bei dem Tierarzt hätte man hierauf allerdings keine Rücksicht genommen.

Ziele ist für die Verstaatlichung, jedoch ist ihm der Kaufpreis von 180 000 Mk. zu hoch. Redner kommt bei dieser Gelegenheit auf das Schicksal des Posten a. D. Seelich zu sprechen, dem man seines Alters wegen nirgends anstellen will.

Senator Kulenkamp bleibt unverständlich.

Dr. Baethke wendet sich gegen Schön und Dr. Wittern. Die individuelle Behandlung in der Reimann'schen Schule bestehe darin, daß den Kindern Privatunterricht erteilt werde, was in den Staatschulen nicht der Fall sei. Herr Dr. Wittern habe seine Ausführungen falsch abgelesen.

Dr. Müller: Es ist meine Pflicht, unrichtige Darstellungen richtig zu stellen. (Sehr richtig.)

Dr. Wittern wendet sich gegen Baethke und vermahnt sich gegen den Vorwurf, falsch zitiert zu haben. Wenn Herr Dr. Baethke mir den Vorwurf macht, daß ich hier nur als Vertreter Schlutups spreche, so weise ich darauf hin, daß die Stichinteressen mit der Realschule nichts zu tun haben. Ich stehe hier als Vertreter der Bürgerchaft und vertrete das Staatsinteresse entsprechend der Verfassung. (Ein Bürgerchaftsmitglied brummt in auffälliger Weise.) Redner bittet um Annahme der Verstaatlichung.

Recht ist für den Senatsantrag.

Nach einigen weiteren persönlichen Bemerkungen erhält

Dr. Ziehl als Berichtstatter der Kommission das Schlupwort. Derselbe betont zunächst, daß er sowohl den Bericht der Majorität als auch den der Minorität verfaßt habe, da keiner der Herren Luft hatte, denselben zu verfassen. Sodann geht Redner auf alle erhobenen Einwände ein.

Der erste Teil des Senatsantrages findet mit 57 Stimmen Annahme. Den Wunsch, die Gegenprobe vorzunehmen, lehnt der Wortführer rundweg ab.

Bei der Gesamtabstimmung bleibt dem Bureau das Verhältnis zweifelhaft; es entspinnt sich dann eine äußerst lebhaft geführte Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob die Neueintretenden bei der Gegenprobe mit abstimmen sollen. Der Wortführer will diesen das Stimmrecht abprechen.

Dr. Benda bittet, alle Abstimmungen noch einmal vorzunehmen, worauf Schulmerich evtl. namentliche Abstimmung wünscht, welchen Anregen jedoch keine Folge gegeben wird. Die Gegenprobe ergibt, daß der Senatsantrag mit 43 gegen 27 Stimmen angenommen ist.

Nachtrag zum Einkommensteuergesetz. Derselbe bezweckt, die von hiesigen Eltern an ihre, als Offiziere oder Offiziersaspiranten dienenden Söhne geleisteten Zahlungen steuerfrei zu lassen, wenn die Empfänger diese Zuschüsse versteuern.

Mühlam beantragt, den Nachtrag am 1. April 1905 in Kraft treten zu lassen.

Bape beantragt Kommissionsberatung, da dann auch andere Erleichterungen geschaffen werden könnten.

Nach Ablehnung des Antrages Bape wird der Senatsantrag mit dem Antrag Mühlam angenommen.

Erteilung der Konzession für den Bau einer neuen Straßenbahn.

Rechts: Es ist selbstverständlich, daß diese Verbindung geschafft werden muß. Ich hätte aber lieber gesehen, daß die Bahn durch die Wahnstraße geführt würde, um den Verkehr zu erleichtern.

Stender empfiehlt den Senatsantrag. Redner richtet die Anfrage an den Senat, ob diese Route auch für die alte Gesellschaft maßgebend sei, oder ob diese eine neue Richtung einschlagen könne.

Senator Dr. Schön: Es könnte der Fall sein, daß die alte Gesellschaft mit einem günstigeren Projekt käme. Dann aber müßte erst Wallbrecht seine Zustimmung geben, alsdann habe die Bürgerchaft neu zu entscheiden.

Bape beantragt Kommissionsberatung, da die Fortführung der Bahn nach den roten Löwen notwendig sei. Da es sich hier um eine Schraube handle, wäre es vielleicht richtiger gewesen, die Sache in einer nichtöffentlichen Sitzung, mit denen man ja sonst immer gleich bei der Hand sei, zu besprechen.

Senator Dr. Schön verwahrt sich entschieden dagegen, daß es sich hier um eine Schraube handle. Die Berliner Gesellschaft habe es abgelehnt, für neue Linien Geld herzugeben, es sei denn, daß in irgend einer Form eine finanzielle Beteiligung erfolge. Verschiedene Vorschläge scheiterten an der einen oder anderen Seite. Die weiteren Ausführungen bleiben infolge der Unruhe leider unverständlich.

Senator Ewers bleibt gleichfalls unverständlich.

Bödder bittet, alle etwaigen Abänderungsanträge abzulehnen und der Vorlage zuzustimmen.

Dr. Görz: Die heutige Verammlung beweist, wie recht es gewesen wäre, wenn wir vor Jahren bei der Berliner Gesellschaft etwas vorsichtiger zu Werke gegangen wären. Mit der heutigen Vorlage bin ich einverstanden. Nicht für richtig halte ich es aber, daß das ordentliche Gericht bei Streitigkeiten ausgeschlossen werden solle.

Ziele fragt an, ob die eine Seite der Pfaffenstraße freigelegt werden solle.

Senator Dr. Eichenburg bleibt unverständlich.

Bape: Die Neuerungen des Herrn Bödder zeugen von seinem beschränkten Untertanenverstand. (Unruhe.) Redner bittet nochmals um Kommissionsberatung und gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß der Staat die jetzige Straßenbahn nicht schon selbst übernommen hat. Warum habe man nicht auch diese Angelegenheit in einer geheimen Sitzung beraten?

Senator Dr. Schön: Wir haben keine Veranlassung, die Sache in geheimer Sitzung zu erledigen. Wir können in voller Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen.

Kostenquitt bittet um Annahme des Senatsantrages.

Steffen-Schlutup beantragt, daß die Grenze der Vororte von 8 auf 9 Kilometer erhöht wird, damit auch Schlutup ev. eine Verbindung erhalten kann.

Senator Dr. Schön bittet um Ablehnung des Antrages. Der Senat habe ja freie Hand.

Heise unterstützt den Steffen'schen Antrag, ev. bittet er um Kommissionsberatung.

Senator Ewers wendet sich gegen Steffen. Steffen zieht darauf seinen Antrag zurück.

Der Senatsantrag findet Annahme.

Gesuch der Wittve Charlotte Holm, betz. Anrechnung von 19 Dienstjahren ihres verstorbenen Mannes des Hauptlehrers an der St. Jürgen'schen Schule zwecks Erhöhung einer Wittwenrente.

Die Eingabe wird verlesen.

Boedeker beantragt Ueberweisung an den Bürgerausschuß.

Dieser Antrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 10 Min.

Lübeck und Hamburggebiete.

Dienstag, den 7. Juni.

Im Sozialdemokratischen Verein wurde gestern Abend zunächst die Abrechnung von der Mai-fest vom Genossen Oldarp gegeben. Wir entnehmen derselben, daß bei einem Verkauf von 6782 Karten eine Einnahme von 3646,55 Mk. und eine Ausgabe von 2882,24 Mk. zu verzeichnen ist. Der Ueberschuß beträgt demnach 764,31 Mk. In der Diskussion kritisierte Gen. Stellung das Verhalten der Frauereien anlässlich der Maifeier und der Wirte aus Anlaß des Waldfestes. Bei letzterem hätten es die Wirte nicht einmal für nötig gehalten, in unserem Parteiorgan zu inserieren. Ein Genosse hob hervor, daß ihm von zwei Wirten in Israelsdorf gesagt worden sei, den Wirten sei vom Kriegerverband verboten worden, im „Lübecker Volksboten“

zu inserieren. Genosse Schwarz ging näher auf die ganze Sache ein und bat die Genossen, hieraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Nach weiterer unerbittlicher Debatte wurde die Abrechnung genehmigt. — Nunmehr erhielt Genosse Theod. Schwarz das Wort zu seinem Vortrage über den Wirtschaftlichen Schußverband und seine Bestrebungen. Redner geht zunächst auf die Obstruktion anlässlich der Kämpfe um den Posttarif, die nach Ansicht der bürgerlichen Parteien eine Niederlage der Sozialdemokratie darstellen sollte, sowie auf die glänzenden Wahlsiege unserer Partei ein. Dieses unerwartete Resultat hätte unsere Gegner und speziell die Regierung stutzig gemacht. In der Thronrede vom Dezember vorigen Jahres hieß es, daß die Regierung bestrebt sei, die Sozialreform mehr als bisher zu fördern. Unmittelbar hierauf hätten die „Hamburger Nachrichten“ und ebenfalls das hiesige „Amisblatt“ Sturm gegen die Regierung gelaufen. Die scharfmacherischen Bestrebungen hätten dann schließlich auch in der Regierung die Oberhand gewonnen; die reformatorischen Bestrebungen seien zurückgedrängt worden. Redner skizzierte sodann in Kürze die inner- und außerpolitische Lage und kennzeichnete das Verhalten der Regierung gegenüber den wiederholten Anstürmen der Agrarier auf Kündigung der Handelsverträge. Sobald die Regierung in der Klemme gewesen sei, habe Bülow den Zukunftsstaat an den Haaren herbeigezogen, um so die Aufmerksamkeit von den schwebenden Fragen abzulenken. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Deutschland sich eines guten Tages mitten in den ostasiatischen Wirren befinde. Der Haupt-Vorstoß der Scharfmacher sei im Herrenhaus am 13. und 14. Mai erfolgt; dort sei die Regierung vor die Alternative gestellt worden, entweder die Handelsverträge zu kündigen oder gegen die Arbeiterklasse mobil zu machen. Die Regierung hätte das Letztere aus leicht erklärlichen Gründen vorgezogen. Dessen Herrenhaus-Debatten sei am 9. Mai die Gründung des Arbeiter-Bundes über ganz Deutschland vorangegangen. Diese Scharfmacher hätten die gemeine Lüge aufgestellt, daß die Sozialdemokratie nicht mehr die innere und äußere Politik Deutschlands fördere, sondern untergrabe. Das Gegenteil sei wahr. Genau so läge es mit den übrigen gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfen. Wer zerklüftet heute die Familie, wer untergrabe den Bestand des Reiches? Das seien die Scharfmacher und Junker. Um den vielleicht zu erwartenden Bestrebungen der Arbeiterklasse auf Hebung der wirtschaftlichen Lage rechtzeitig die Spitze zu brechen, hätte sich das Scharfmacherium zusammengeschlossen, um die freibüchlichen Regungen der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Das habe ja der bisherige nationalliberale Landtagsabgeordnete Mend ausgedeutert, indem er offen die Befestigung des jetzigen Reichstagswahlrechts befürwortet habe. Die Nationalliberalen aber seien trotz ihrer Abhänge von Mend Fleisch von ihrem Fleisch. Die Arbeiterchaft habe alle Ursache, rechtzeitig auf dem Posten zu sein. Daß der hiesige Wirtschaftlich sich dem Scharfmacherium in die Arme geworfen habe, das könne keinem Zweifel unterliegen. Die Lübecker Arbeiterchaft sei gewappnet, sie könne getrost der Zukunft entgegensehen, trotz wirtschaftlicher Schutzverbände. (Lebh. Beifall.) — Sodann verliest Genosse A. Ehlers die aufgenommene Statistik. Wir kommen auf dieselbe zurück. — Im Verschiedenen fordert Genosse Bape zu reger Beteiligung auf dem am kommenden Sonntag zu Ehren der bejuchswürdigen hier weilenden Liedertafel „Freue“ aus Hamburg-Eilbek im „Vereinshaus“ stattfindenden Feste auf.

Die Vorgeschichte der neuen Straßenbahn nach Marli. In der gestrigen Bürgerchaftssitzung ging Herr Senator Dr. Schön in längeren Ausführungen auf die Vorgeschichte der neuen Straßenbahn ein. Leider blieben uns seine Ausführungen nahezu unverständlich und wollen wir deshalb auf Grund des vorliegenden stenographischen Berichtes an dieser Stelle kurz darauf eingehen. Nach den Ausführungen des Senatskommissars datiert die Vorgeschichte bereits seit dem Herbst 1901. Damals seien eine Reihe von Eingaben, u. a. auch eine mit 124 Unterschriften von Hürtterortobewohnern bedeckte, eingegangen, in denen der Ausbau des Straßenbahnnetzes nach Marli ev. durch das Hürtterort gefordert wurde. Die mit der Allg. Sozial- und Straßenbahngesellschaft in Berlin darauf gepflogenen Verhandlungen hätten zu keinem Resultat geführt. Vielmehr sei ein ziemlich kurz gehaltenes Schreiben von Berlin eingegangen, in dem es hieß, alle Anträge auf Neubauten abzulehnen, falls nicht von anderer Seite eine genügende finanzielle Unterstützung gesichert sei. Darauf wurden bezüglich des letzteren Teils Unterhandlungen mit Wallbrecht eingeleitet, die dahin führten, daß dieser sich zur Zahlung von 10 000 Mk. auf fünf Jahre resp. sofortige Zahlung einer Summe von 40 000 Mk., die er später auf 50 000 Mk. erhöhte, bereit erklärte. Dieses Anerbieten wurde von der Gesellschaft kurz abgelehnt. Ein weiterer Vorschlag des Senats ging dahin, daß der Staat die etwa 200 000 Mk. betragenden Baukosten gegen 3 1/2 Proz. Zinsen und 1 Proz. Amortisation hergeben wollte. Die Gesellschaft beantwortete den Vorschlag mit der Forderung, der Staat — von Wallbrecht wollte man nichts wissen — solle die Garantie übernehmen, daß die Bahn keinen Nachteil habe. Man ging sogar so weit, die Garantie für eine Gesamteinnahme von 25 Hiering für das Wagenkilometer für alle Linien vom Staat zu fordern. Diese ablehnende Haltung hätte schließlich zur Idee der Verstaatlichung der bestehenden Bahn geführt. Tragend die Bahn mit 1 742 000 Mark der Gesellschaft zu Buch stand, forderte man eine Summe von 2 600 000 Mk. Nach erfolgter Ablehnung dieses Projektes tauchte der Gedanke auf, eine Gesellschaft zwecks Ankaufs der alten Linie zu gründen. Dieser Gedanke fand jedoch nicht die Zustimmung des Senats, worauf die Sache eine Zeit lang ruhte. Schließlich sei Wallbrecht mit seinem Projekt an den Senat herantreten und dieser habe dasselbe nach eingehender Prüfung in der vorliegenden Fassung gutgeheißen. — Wir kommen auf diese Angelegenheit noch zurück.

Auf der Koch'schen Schiffswerft in Lübeck sind aus Anlaß des Meierstreiks sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. Zugang von Werftarbeitern ist streng fernzuhalten!

Vom Senat. Bürgermeister Dr. Klug hat den Vorsitz im Senate, sowie in der Kanalarbehörde, in der Vorbesprechung des Heiligen Geist-Hospitals und in dem Senatsausschuß für Beschwerden in Bau- und Sielachen wieder übernommen.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 26. Juli das Chausseegut 10 belegene Grundst. der Bauunternehmer A. G. H. Dau und H. S. H. Surmeister.

Der Anklage bedarf dringend ein Vorfall, der sich am Sonntag nachmittag zwischen 4 1/2 und 5 1/2 Uhr in der

Soziales und Parteileben.

Streik und Lohnbewegungen. Die Stulleute in Chemnitz sind am Freitag in den Ausstand getreten. — Die Bauhilfsarbeiter in Essen sind in einen partiellen Streik eingetreten. — Die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ erklärt die Meldung von einer Arbeitsvereinbarung auf Seite „Johann Deimeisberg“ für unrichtig.

Ein neues Arbeitersekretariat. Laut Beschluß der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 28. Mai ds. Jz. wurde Genosse Hans Portenkirchner in Haussham (Bayern) als Sekretär des Arbeiter-Sekretariats St. Johann-Saarbrücken ernannt, das am 1. Juli ds. Jz. eröffnet wird.

Die „einstufige Verfügung“ spült nunmehr auch in Berlin. Es ist den Vätern unterzagt worden, die Aufforderung mit den Namen der Bäckermeister, welche ihre Bewilligungen wieder zurückgezogen haben, in Zukunft weiter noch im „Vorwärts“ zu veröffentlichen. Das Gericht erblickt in der Aufforderung einen Verstoß gegen § 153 der G.-D. Selbstverständlich wird man auch in Berlin gegen die Verfügung Rekurs einlegen.

Der Verband der Steinarbeiter, der erst seit zwei Jahren straff organisiert ist, während er früher eine auf die Vertrauensmänner gegründete Organisation war, hatte am Schlusse des vergangenen Jahres 8564 Mitglieder. Die Einnahmen während der letzten zweijährigen Berichtsperiode betragen insgesamt 307 491 Mk., es verblieb ein Kassenvorstand von 117 594 Mk. Im einzelnen wurde ausgegeben für Reiseunterstützung 22 591 Mk., für Streikunterstützung 52 447 Mk., für Gewerkschaftenunterstützung 3133 Mk., für Umzugsentschädigung 936 Mk. und für Rechtschutz 1782 Mk. Dem nächsten Verbandstag wird eine vom Verbandsvorstande statisch begründete Vorlage unterbreitet werden, wonach die Arbeitslosen, die Sterbe- und die Krankheitsunterstützung eingeleitet werden sollen.

Opfer des § 153. Beim Maurerstreik in Schweinfurt sollen die ledigen Maurer Fr. Wenzel, Bernh. Heim und Heinrich Kempel mehrere Arbeitswillige durch Drohungen von der Arbeit abzuhalten versucht haben. Die beiden ersteren wurden wegen Vergehens wider den § 153 G.-D. zu je vier Wochen Gefängnis verurteilt, Kempel wurde freigesprochen.

Soldaten als Arbeitswillige. In Gnesen (Posen) sind die Maurer seit etwa 14 Tagen in einen Streik getreten. Auf Ersuchen der Unternehmer sind diesen Soldaten vom dortigen Kommando überwiesen worden, die als Arbeitswillige fungierten, da die Meister von auswärtigen keinen Ersatz erhalten konnten. Auf erhobene Beschwerde des Zentralverbandes für christliche Bauhandwerker an den kommandierenden General hat dieser wie folgt geantwortet:

„Auf Ihr Gesuch wird Ihnen nach Prüfung des selben mitgeteilt, daß das Generalkommando die Einstellung von Militärpersonen zur Ausschilfe bei Arbeitseinstellungen auf Antrag von Privatpersonen untersagt hat.“

Der Kommandierende General.
v. Langenbeck.“

So selbstverständlich dieser Bescheid an sich auch ist, verdient es doch anerkannt zu werden, daß der Kommandierende General so rasch geantwortet hat. Hoffentlich ist auch der Gnesener Kommandeur entsprechend beehrt worden, wie unzulässig seine Handlungsweise war, als er in einem wirtschaftlichen Kampfe für einen Teil der Streitenden Partei ergriffen hatte? Was werden nun die „armen“ Sanungsmeister aber beginnen?

Übermalts ehrenhafte Arbeiter wegen Erpressung verurteilt. Eine für die sozialpolitische Auffassung mancher deutscher Gerichte bezeichnende Anklage wegen versuchter Erpressung beschäftigte Donnerstag die 4. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Im verfloffenen Herbst wurde

Bett Nr. 4 umgebaut. Am 15. September erhielt auch der Maurer Glimm, ein älterer Mann, dort Beschäftigung. Schon am ersten Tage wurde er von den Maurern Wilh. Strehmel, Johann Schley und Karl Bräuer gefragt, ob er aus seinen Papieren nachweisen könne, daß er dem Verband angehöre. Als Glimm darauf erwiderte, daß er dem Verband weder angehöre noch angehören wolle, wurde ihm damit gedroht, daß man dann andere Maßregeln gegen ihn anwenden würde. Glimm ließ sich darauf zu der Äußerung hinreißen: „Laßt euch mit mir nicht ein, ich habe schon mal einem zu neun Monaten verholten.“ Dies erregte unter seinen Kollegen begreiflicherweise noch mehr böses Blut. Als die Maurer zwei Tage später in der Baubude beim Frühstück saßen, wandte der Polier Hermann Fritzer sich an Glimm mit der Aufforderung, dem Verbandsbeizutreten. Glimm verhielt sich wieder ablehnend. Fritzer äußerte: „Ich bezahle schon so viele Jahre lang meinen Beitrag, warum sollen es denn die Kollegen nicht tun?“ Glimm beharrte auf seiner Weigerung. Als die Frühstückspause beendet war, rührte sich keiner der Maurer, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Auf Befragen des Poliers erklärten sie, daß sie mit Glimm nicht zusammen arbeiten wollten. Dem Polier blieb nichts anderes übrig, als die sofortige Entlassung Glimms zu verfügen. Dieser erwiderte, daß nur dem Arbeitgeber, Baumeister Sonnenburg, das Recht zustehe, ihn zu entlassen. Fritzer ging ans Telefon und stellte dem Baumeister den Sachverhalt vor. Dieser erwiderte, daß er mit der Entlassung Glimms einverstanden sei. Der Letztere mußte den Bau verlassen. Darauf nahmen die Maurer die Arbeit wieder auf. — Ähnlich erging es dem Maurer Kallweit, der zu gleicher Zeit mit Glimm dort Arbeit gefunden. Auch er wurde gefragt, ob er dem Verbands angehöre. Zuerst erwiderte er, er habe seine Papiere zu Hause vergessen; am folgenden Tage mußte er einräumen, daß er seine Verbindlichkeiten dem Verbands gegenüber nicht erfüllt habe. Er sei mit 6 Mark, gleich zwölf Wochenbeiträgen, im Rückstande. Sobald er das Geld zusammen habe, wolle er aber wieder beitreten. Kallweit merkte bald, daß er unter seinen Kollegen nicht gut gelitten war und als der Polier ihm die schwere Arbeit des Müllbeseitigens aufbürdete, hielt er dies für Schikane und zog er es vor, die Arbeit freiwillig niederzulegen. Der Staatsanwalt beantragte das Schulbig gegen alle 4 Angeklagte und deren Verurteilung zu je 4 Monaten Gefängnis. Die Verteidiger traten für Freisprechung der Angeklagten ein, indem sie ausführten, daß das Bestreben, der Verbandskasse Mitglieder und dadurch neue Beiträge zuzuwenden, nicht als Erlangung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils angesehen werden könne. Fritzer habe gewissermaßen selbst unter einem gewissen Zwange seiner Mitarbeiter gestanden und ebenso der Baumeister Sonnenburg, der bekundet habe, daß er habe befürchten müssen, daß sämtliche Maurer die Arbeit niederlegten, wenn Glimm nicht entlassen würde. Der Gerichtshof kam zu einer Verurteilung. Schon in dem Abverlangen der Papiere liege eine Drohung, denn die Neueingetretenen wußten recht gut, warum es sich handelte. Auch in dem Zuwenden von Mitgliederbeiträgen müsse ein Vermögensvorteil erblickt werden, denn diese kämen sämtlichen Mitgliedern zugute. Die Verhandlung habe in bemerkenswerter Weise gezeigt, wie sich sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber vor der Sozialdemokratie beugen müssen. Die Angeklagten hätten sich in einer Zwangslage befunden und deshalb sei nur auf je zwei Wochen Gefängnis erkannt worden.

Kinderarbeit in Amerika. Der „Commissioner of Labor“ von New Jersey hat im vorigen Jahre eine Erhebung über die industrielle Kinderarbeit in diesem Staate durchgeführt, welche sich auf 485 Knaben und 453 Mädchen erstreckte (insgesamt sind dort etwa 8000 Kinder unter 16 Jahren in der Industrie erwerbstätig). Hiervon waren 20 weniger als 14 Jahre alt, 178 14—15 Jahre, die übrigen

über 15 Jahre. Ueber die tägliche Arbeitszeit gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß; es arbeiteten:

Stunden	Knaben	Mädchen
8 Stunden	31	16
9 „	159	32
10 „	280	381
11 „	14	23
12 „	1	1

Die Arbeitszeit der Mädchen ist daher im allgemeinen eine etwas längere als die der Knaben. Die Schulbildung dieser Kinder war eine sehr verschiedene; 61 Proz. waren 5 Jahre oder länger in die Schule gegangen, 29 Proz. 3—5 Jahre, 6,2 Proz. 1—3 Jahre und 3,8 Proz. weniger als 1 Jahr. — Die Wochenlöhne dieser Kinder weichen gleichfalls weit von einander ab; es verdienen:

unter 3 Dollar per Woche	3,5 Proz. aller Kinder
3—5 „	62,4 „
5—6 „	16,1 „
über 6 „	18,0 „

Besonders hervorzuheben ist, daß nur 45,9 Proz. dieser industriell beschäftigten Kinder von Eltern flammten, die in den Vereinigten Staaten geboren waren; dagegen stammten 54,1 Proz. von Ausländern. Dies beweist, wie wenig gut situiert die Fremden in den Vereinigten Staaten sind, da sie auch dort sich gezwungen sehen, ihre Kinder in früher Jugend in den Fabriken ausbeuten zu lassen.

Ein Opfer des Sozialistengesetzes. Mitte vorigen Monats ist in Newark bei New York der Schuhmacher Heinrich Szimath im Alter von 52 Jahren an einem Herzleiden gestorben. Der Verstorbene gehörte zu den ersten, die 1878 aus Berlin ausgewiesen wurden. Er ging nach Hamburg, wurde dort durch Hausdurchsuchungen und eine vierzehntägige Untersuchungshaft mißhandelt, stets gefesselt über die offene Straße vor den Richter geführt und mußte doch schließlich freigesprochen werden. Dafür wurde er aber 1880 aus Hamburg ausgewiesen. Darauf ging er nach Oberfeld, wo er nicht weniger als 50 Hausdurchsuchungen erlebte und auf die Denunziation des Spitzels Palm zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Was er an Büchern und Schriften besaß, wurde ihm gestohlen. Schließlich ging er nach Amerika und arbeitete dort für die Sache des Proletariats mit demselben Ernst und Eifer, den er in Deutschland betätigt. Seine Freunde in New York bereiteten ihm eine würdige Beerdigung.

Das Opfer eines Betriebsunfalles ist der Vorigende des sozialdemokratischen Vereins in Bücherbach bei Erlangen, der Genosse Konrad Nagel, Maurer, geworden. Er wurde an einem Neubau in Fürth, wo er arbeitete, durch stürzendes Erdreich verschüttet und innerlich so schwer verletzt, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Der verunglückte Genosse, der erst 28 Jahre alt war, war ein eifriger vielversprechender, besonders in der Landagitation erfolgreicher Kämpfer für die proletarische Sache.

Ältere Jahrgänge der „Neuen Zeit“ gesucht. Der Sozialdemokratische Verein von Bielefeld sucht zwecks Hervorbringung der Bibliothek folgende Jahrgänge der „Neuen Zeit“ zu kaufen: 1. Jahrgang (1883), 3. (1886), 10. (1891/92) 2. Band, 13. (1894/95) 2. Band, 14. (1895/96) 1. Band, 16. (1897/98), 17. (1898/99). Es wird gebeten, gefällige Angebote an Genossen Adolf Jenker, Bielefeld, Schulstraße 20, zu richten.

Ueber den Ausfall der letzten Kammerwahlen schreibt Genosse Wandervelde, der im Ausland bekannteste Führer unserer belgischen Arbeiterpartei, im Brüsseler „Peuple“: „Der Wahltag vom 29. Mai bedeutet gleichzeitig eine sozialistische Niederlage und einen antikerikalen Sieg. Von nun ab hat die Regierung Blei in den Flügeln und ihr Sturz ist nur mehr eine Frage der Zeit. Vernunftgemäß kann man das Zustandekommen eines Liquidations-Ministeriums in naher Zukunft

Ein armer Edelmann.

Roman von Th. Gautier.

I. Das Schloß des Glendes.

Auf dem Abhange eines jener kahlen Hügel, welche sich in den Landes, zwischen Der und Mont de Marfan, wellenförmig erheben, stand zu Anfang der Regierung Ludwigs des Dreizehnten eines der in der Gascogne so häufig vorkommenden Herrenhäuser, welchen die Landleute den prunkenden Namen „Schloß“ geben.

Zwei runde, mit Dächern wie Nischlöcher geformt, verlebene Türme flankierten die Seiten eines Gebäudes, an dessen Fassade zwei tiefe eingeschnittene Fugen die ehemalige Existenz einer Zugbrücke verrieten, welche nunmehr durch die Verschüttung des Graben nutzlos geworden, in ihren Spuren der Behausung ein feudales Aussehen verlieh, wozu die Wachtürme in Pfeilerbüchsenform mit den schwalbenschwanzartigen Wetterfahnen darauf das Ihrige beitrugen. Ein Mantel von Ephen, welcher den einen Turm fast bis zur Hälfte umhüllte, setzte sich mit seinem dunklen Grün äußerst wohlgefällig für das Auge gegen den grauen Ton des zu jener Zeit bereits sehr alten Gemäuers ab.

Der Reisende, welcher dieses Gebäude von weitem betrachtete hätte, wie es mit seinen spitzen Ausladungen sich am Himmel abzeichnete, würde in demselben die behagliche Wohnung eines Landwunders erblickt haben; bei näherer Beschauung wäre er jedoch anderer Meinung geworden. Der Weg, welcher von der Heerstraße zu dem Gebäude führte, war gekammt durch Moos und Schwarzerpfanzeln. Zwei tiefe mit Regenwasser angefüllte Fahrgeleise, von Froschen bewohnt, ließen erkennen, daß von Alters her vier Fahrwerke passiert waren, indessen zeigte die Sorglosigkeit der Sumpftiere von der Gewißheit, daß sie in ihrem lang-

jährigen Bestuhme keine Störung zu befürchten haben würden.

Auf den von diesem Moos und Unkraut gebildeten überwucherten Fußwegen ließ sich nicht die Spur eines menschlichen Trittes erkennen und die Fäden des Gefräuchses mit glühenden Tröpfchen besaden, schienen seit langer Zeit schon nicht geschüttelt oder gestreift worden zu sein.

Breite Stellen gelber Flechte marmorierten die braunen und zerbröckelten Ziegel der Dächer, aus deren Lücken die verkauften Sparren hervorschauten.

Der Hof verhierte die Drehung der Wetterfahnen, welche sämtlich einen verschiedenen Wind anzeigten; die Dachlaken waren durch Vorsetzen von faulem und zerplagtem Holze geperrt, Steine füllten die Schießscharten der Türme aus; von den sechs Fenstern der Fassade waren vier durch Bretter verschlossen; die beiden anderen hatten zertrümmerte Scheiben, welche bei der geringsten Luftströmung in ihren Riefenungen klirrten. Zwischen diesen Fenstern zeigten sich durch den herabgefallenen Kalkputz sichtbar große Löcher in dem Mauerwerk, breite Nischen, welche dem gefährlichen Einflusse des Mondlichtes freies Spiel ließen. Die Pforte, eingerahmt durch breite Steinfassungen, deren regelmäßig fortläufende Sprünge alte, von der Zeit und dem Wetter arg mitgenommene Verzierungen erkennen ließen, war durch ein abgenutztes Wappenstein gebrannt, dessen Helmbüchse sich phantastisch ausbreiteten, dessen Figuren jedoch der unterrichtete Herold nicht zu entziffern vermocht hätte. Die Türflügel enthielten noch nach oben zu einige Reste von Ochsenblutmalerei und schienen über ihren Verfall, ihre Gebrechlichkeit zu erröten. Nur ein Türflügel öffnete sich und war hinreichend, um die Passage des sicherlich nur wenig zahlreichen Hauspersonals zu bewerkstelligen, da ein fast zertrümmertes Rad, der letzte Rest einer verkommenen Karosse des einzigen Besitzers, den Türpfosten stützte. Schwalbennester verschleppten die Rauchfänge und die Ecken der Fenster, und

ohne ein leichtes Rauchwölken, welches aus einem zertrümmerten Schilde hervorwirbelte, hätte man das Gebäude für unbewohnt gehalten. Mager allerdings mußte es in der Küche sein, denn ein alter Soldat würde aus seiner Pfeife stärkere Rauchballen hervorgeblasen haben, doch war dies eben das einzige Lebenszeichen des Hauses, wie ein Sterbender nur noch den leichten Hauch beim Nücheln von sich stoßt.

Nur mit einiger Mühe konnte man den beweglichen Flügel der Türe öffnen, er drehte sich dann in äußerst schlechter Laune um seine rostigen und freischwebenden Angeln, man trat alsdann unter eine Art Sonnengewölbe von älterer Konstruktion als die übrigen Teile des Wohngebäudes. In der Mauer waren eisenblecherne, von dem Rauche der Fackeln geschwärzte Lichthalter angebracht, ebenso Eisenringe, an denen die ehemaligen Besucher des Schlosses ihre Köpfe anzubinden pflegten, was wohl, nach dem Staube zu urteilen, welcher die Ringe bedeckte, seit langer Zeit nicht der Fall gewesen sein mochte.

Zwei Türen führten von dieser Vorhalle aus in die Gemächer. Eine erschloß die Zimmer zur ebenen Erde, die zweite führte in einen ehemaligen Wachttaal. Durch die Halle gelangte man in einen kahlen, düstern und feuchten Hof, den hohe Mauern von laugen, durch das Schneewasser erzeugten Furchen durchkreuzt, umgaben. In den Ecken dieses Hofes hatte sich der Schmutz angehäuft, der von zerbröckelten Mauerbrüstungen herabfiel. Auf demselben wucherten der Windhafer und der Scherling, von grünem Unkraut umgeben.

Im Hintergrunde führte eine Rampe in den tiefer gelegenen Garten. Sie war mit einem in Stein gemeißelten Geländer versehen, dessen Spitzen verzierte Kugeln ziemlich erhalten waren, dagegen mannten die zerbrochenen und verschobenen Stufen bei jedem Fußtritt, sie schienen nur noch durch Wurzeln der Moose und Pflanzen zusammen-

